

In eigener Sache



(Foto: Katrena Palgeen)

Nicht schimpfen ...

Demokratie kann so einfach sein! Das beweisen Bürger und Bürgerinnen immer wieder mit Anträgen zur Stadtplanung, Schulpolitik oder Information der Öffentlichkeit. Engagierte Eltern erzwangen den Bürgerentscheid über die Gesamtschule, jetzt starteten sie einen neuen Anlauf. Und die beeindruckende Unterschriftenaktion zum Erhalt des Freibades hat sogar dem letzten Ratsvertreter deutlich gemacht, wie wichtig den PulheimerInnen dieses Thema ist. Ohne den Widerstand der Bevölkerung hätten wir wahrscheinlich bald ein überdachtes Freibad. Wer mit Entscheidungen nicht einverstanden ist, muss aktiv werden. Unsere Demokratie bietet dazu viele Möglichkeiten.

... Einsatz zeigen!

Demokratie ist aber auch anstrengend. Ein Bürgerantrag will geschrieben sein, für ein Begehren braucht es viele Unterschriften. Die gewählten RatsvertreterInnen nehmen es auf sich, Themen zu beraten, die uns alle angehen und sie versuchen, im Sinne aller BürgerInnen verantwortungsvoll zu entscheiden. Doch sie sind dafür auf Ihre Rückmeldungen angewiesen. Gegen Politikverdrossenheit hilft nur Engagement, Ehrgeiz und Einmischung.

Wir helfen Ihnen dabei!

Thomas Roth
Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat
fraktion@gruene-pulheim.de



(Foto: s. media/pixelio.de)

Pulheim braucht ein neues Hallenbad. Dafür laufen seit Jahren die Planungen und verschlingen Hunderttausende Euro. Ein Bau ist trotzdem nicht in Sicht. So läuft unsere klamme Kommune Gefahr, dass ihr das Geld ausgeht für das teure Projekt.

Neubau

Hallenbad: Planen bis die Luft ausgeht?

Rund 850.000 Euro sind bisher in die Planungen für das neue Bäderkonzept – Neubau Hallenbad und Sanierung Freibad – geflossen. Eine finanzierbare und breit akzeptierte Lösung liegt nicht vor. Trotzdem halten Verwaltung und viele Ratsmitglieder an den Planungsbüros fest und beauftragten sie Anfang Oktober, die nunmehr sechste Variante zu kalkulieren. Auch diese wird die finanziellen Vorgaben kaum erfüllen. Um nicht demnächst ohne Hallenbad dazustehen, fordern die Grünen, das Projekt unter Beteiligung der BürgerInnen neu anzugehen.

Der Bau von Hallenbädern gehört sicher nicht zum Alltag einer Stadtverwaltung. Doch es gibt in Deutschland durchaus Kommunen vergleichbarer Größe, die ein solches Vorhaben mit eigenen Mitarbeitern stemmen. Pulheim dagegen leistet sich teure Experten und kommt nicht zum Ergebnis. Weshalb? Bei der Ursachensuche muss man einige Aspekte beleuchten:

Vergabe des Planungsauftrages

Schon bei der Ausschreibung der Planungsaufträge 2009 waren die zugrunde liegenden Kostenprognosen zu hoch. Man hätte erst neu rechnen müssen, dann beauftragen dürfen. Stattdessen wurde der Auftrag für das Bäderkonzept hastig ausgeschrieben und vergeben. Der Generalplaner erhielt den Zuschlag nicht nur für die ersten drei Leistungsphasen (Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung), sondern direkt für alle Leistungsphasen bis zur Bauabnahme. Sein Gesamtauftrag beläuft sich auf 1.882.128,80 Euro. Das Planungsbüro Dr. Krieger hat also keinen Erfolgszwang. Es muss nur im Geschäft bleiben.

Zwar gibt es nach Auskunft der Stadt eine Ausstiegsklausel, jedoch konnte – oder wollte – die Verwaltung weder dem Rat noch der Öffentlichkeit bisher plausibel darlegen, unter wel-

chen Bedingungen die Stadt aus dem Vertrag herauskommt. Angesichts der Erfolglosigkeit der Planungen wäre es in diesem Herbst höchste Zeit dafür gewesen. Ohne die Handlungsoptionen genau zu kennen, folgten im Oktober 27 Stadträte (gegen 21) dem Verwaltungsvorschlag, mit den Unternehmen weiterzuarbeiten.

Da die Stadt Pulheim kein ausreichend fachkundiges Personal hat – ein Manko, das der Bürgermeister immer wieder öffentlich unterstreicht – wurden im Zuge der Ausschreibung 2009 zusätzliche Projektsteuerungsleistungen in Höhe von 282.571,45 Euro an die Firma WSP/CBP vergeben. Eigentlich sollte dieses Büro im Sinne der Kommune dafür sorgen, dass Zeit und Kosten beim Badvorhaben nicht aus dem Ruder laufen. Davon ist wenig zu spüren.

Unabhängigkeit der beteiligten Firmen

Fragen werfen die zahlreichen Verbindungen zwischen den Experten auf. Die beratende Firma WSP/CBP und das Planungsbüro Dr. Krieger sind beide Mitglied im Lobbyverband EWA, der European Waterpark Association mit Sitz in Nürnberg. Dritter Akteur ist die Firma ConPro, ebenfalls aus Nürnberg.

Fortsetzung auf Seite 4

Aus dem Inhalt

Hallenbad:

Der Neubau wird zur unendlichen Geschichte - und sehr teuer → S. 1, 4

Landesregierung:

Wie Rot-Grün für Pulheim wirkt → S. 2

Interview:

Buchautorin Tamar Dreifuss kritisiert Rechtsradikalismus in unserer Stadt → S. 2

Guidelplatz:

Der Brauweiler Publizist Hendrik Neubauer zur Lage an der Dauerbaustelle → S. 3

Bürgermeister:

Frank Keppeler sammelt Protestnoten tausender Bürger/innen → S. 3

Braunkohle:

Die Politik ist sich uneins über neue RWE-Meiler am Horizont → S. 4

Rathaus



Grafik: Stadt Pulheim

Offen für alle

Der Pulheimer Stadtrat und seine Ausschüsse tagen öffentlich. Unter <http://sdnet.pulheim.de> erfahren Sie, wann sich die Politiker und Vertreter der Stadtverwaltung treffen und um welche Themen es dann geht. Von den Zuschauerplätzen des Ratssaals können Sie das Geschehen live verfolgen. Zu Beginn der Sitzungen darf sich jeder Bürger zu Wort melden. Machen Sie sich selbst ein Bild über Politik in Pulheim:

Besuchen Sie die nächste Ratssitzung am Dienstag, **20. Dez., 16:00 Uhr**
Adresse: Rathaus, Alte Kölner Straße 26, Pulheim.



(Illustration: Dieter Schütz / pixelio.de)

Bildung

Neuer Anlauf für die Gesamtschule

6650 PulheimerInnen stimmten beim Bürgerentscheid im Februar für die Einrichtung einer Gesamtschule. Doch diese Mehrheit scheiterte an der bei uns nötigen Mindestanzahl an Stimmen. Nachdem auf Landesebene nun der Schulfrieden ausgerufen wurde, geben hiesige BürgerInnen nicht auf. Sie fordern die Gesamtschule anstelle der neu erfundenen Sekundarschule.

Um die Einrichtung einer Gesamtschule zu prüfen, reichten Bürgerverein, Familiennetzwerk Pulheim und die Elterinitiative Pro Gesamtschule Pulheim bei der Stadt Anträge und Unterschriften ein. Dafür hatten allein 200 Eltern von Schülern aus Pulheimer Grundschulklassen 3 und 4 akuten Bedarf nach einem Gesamtschulplatz für ihre Kinder angegeben. Im Bildungsausschuss am 19. Oktober wurde der Schulentwicklungsplan vorgestellt und beraten, welche Schulform in Pulheim eingeführt wird. Einvernehmlich forderten alle Parteien, dass die Verwaltung den Stadtrat durch eine Ge-

genüberstellung beider Schulformen informieren soll. Auch die Eltern sind über die Unterschiede zwischen Sekundar- und Gesamtschule zu unterrichten. In einer anschließenden Elternbefragung können sie daraufhin entscheiden, welche Schulform sie bevorzugen. Der zuständige Dezernent Florian Herpel sicherte in der Ausschusssitzung im Oktober zu, das dann vorliegende Votum der Eltern zu respektieren und als Grundlage für weitere Entscheidungen zu nutzen.

Anja v. Marenholtz, Elterinitiative Pro Gesamtschule Pulheim
Grünes Mitglied im Bildungsausschuss der Stadt

Erfolge für Pulheim

Nach nur einer Wahlperiode wurde in Düsseldorf die schwarz-gelbe Regierung von Rot-Grün abgelöst. GRÜNZEUG stellt vor, was in mehr als einem Jahr Minderheitsregierung in Düsseldorf für Pulheim erreicht werden konnte. Eine Zwischenbilanz:

Schritte zu einer besseren Schulpolitik

Die Kopfnoten wurden abgeschafft. Die Grundschulpflichtung zum Besuch der weiterführenden Schule ist nicht mehr verbindlich. Das Elternwahlrecht wurde damit wieder hergestellt. Mit der Drittelparität in den Schulkonferenzen wurde die schulische Demokratie gestärkt. Außerdem haben die Kommunen nun wieder die Möglichkeit, Schuleinzugsbereiche zu bilden. Das verbessert die Möglichkeiten der Schulentwicklungsplanung.

Kinderbildungsgesetz

Das letzte Kindergartenjahr ist jetzt beitragsfrei. Es wurde ein Landesinvestitionsprogramm für den U3-Ausbau beschlossen. Es gibt zusätzliche Ergänzungskraft-Stunden, die Förderung von Familienzentren wird erhöht, der Verwendungsnachweis bei der Kindpauschale wurde abgeschafft

Gemeinschaftsschule und Sekundarschule

Das Modellprojekt „Gemeinschaftsschule“ der rot-grünen Regierung ist gescheitert. Es wurde vom Oberverwaltungsgericht für unzulässig erklärt. Nun haben sich SPD/GRÜNE und CDU in einem bemerkenswerten Kompromiss auf die Bildung einer „Sekundarschule“ geeinigt. Er umfasst die Jahrgänge 5 bis 10 und eröffnet durch die Kooperation mit einer Oberstufe eines Gymnasiums auch den Weg zum Abitur. Dabei ist die CDU über ihren eigenen langen Schatten gesprungen. Mit der Sekundarschule bekommt auch die Diskussion in Pulheim eine neue Richtung und es bleibt abzuwarten, wohin der Weg geht.

Abschaffung der Studiengebühren

Die „Campus-Maut“ ist in NRW seit dem laufenden Wintersemester abgeschafft.

Stadtwerkerrettungsgesetz

Die drastische Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Stadtwerken hat Rot-Grün zurückgenommen. Damit wurde die Position der Stadtwerke gegenüber den vier großen Energieversorgern gestärkt. Sie können wieder ihre Rolle als Innovationsmotor für eine klimafreundliche und dezentrale Energieversorgung wahrnehmen.

Windenergieerlass

Die Landesregierung will den Anteil der Windenergienutzung an der Stromerzeugung bis zum Jahre 2020 von derzeit gut 3 auf 15 Prozent anheben. Der neue Erlass baut Hürden für die Planung ab und starre Vorschriften, die bisher viele Investoren abschreckten, fallen weg. Zum Beispiel durch Angaben zur Ausweisung von Flächen für die Windenergie in Regionalplanung und Flächennutzungsplanung, durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen des Repowering oder durch Empfehlungen zur Überprüfung von Höhenbeschränkungen.

Unverständlicherweise hat der Rat am 19.07.2011 den Antrag eines Investors zur Änderung der Höhenbeschränkung für Windkraftanlagen abgelehnt. Die Argumente der höheren Einspeiseleistung (Stichwort grüner Strom), der höheren Einnahmen für die Grundstückseigentümer (Stichwort Einkommensteuer) und der höheren Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt haben CDU und FDP nicht überzeugt.

Stärkung der Bürgerbeteiligung

Die Stichwahl bei der BürgermeisterInnenwahl wurde wieder eingeführt. Damit ist sichergestellt, dass bei der Wahl von politischen Spitzenämtern die absolute Mehrheit der WählerInnen erzielt werden muss.

GRÜNZEUG



Wann der jüdische Friedhof in Stommeln entstand, ist nicht bekannt, die letzte Beisetzung fand 1937 statt. In der NS-Zeit wurde die Gedenkstätte verwüstet, 1967 versetzte man sie in den heutigen Zustand. Der Friedhof und eine Synagoge erinnern an die jüdischen Familien, die bis zu ihrer Deportation durch die Nationalsozialisten 1942 in Stommeln lebten.

„Oma, wie hast Du damals überlebt?“

Tamar Dreifuss wurde 1938 in Wilna geboren und entkam mit ihrer Mutter dem Holocaust. Sie emigrierte nach Israel, bevor sie 1970 nach Pulheim zog. Dreifuss arbeitete in der Synagogengemeinde Köln, als Religionslehrerin und Erzieherin. Sie hat die Biographie ihrer Mutter ¹ übersetzt und ihre eigene Lebensgeschichte als Kinderbuch veröffentlicht: „Die wundersame Rettung der kleinen Tamar 1944“. Bis heute besucht sie Schulen in ganz Deutschland, um an den Nationalsozialismus zu erinnern.

GRÜNZEUG: Frau Dreifuss, interessieren sich die Menschen hier überhaupt noch für Ihre Geschichte?

DREIFUSS: Ja, vor allem die Kinder. Sie fragen ganz direkt und natürlich nach. Auf die Idee, ein Kinderbuch über meine Rettung zu schreiben kam ich überhaupt erst, als meine Enkel alles wissen wollten: „Oma – wie hast Du damals überlebt? Wenn Du es nicht geschafft hättest, wären wir heute auch nicht da!“

GZ: Schlagen Erwachsene ebenso die Brücke zu ihrem heutigen Leben?

DREIFUSS: Bei den Erwachsenen gibt es schon einige, die nichts mehr hören wollen vom Nationalsozialismus.

GZ: Aus Übersättigung, oder wegen eines schlechten Gewissens?

DREIFUSS: Wahrscheinlich stimmt beides, das schlechte Gewissen ist bei einigen tief eingegraben. Dabei sage ich: „Ihr habt keine Schuld, aber ein Erbe zu tragen!“ Ich will aufklären, nicht anklagen oder gar Angst machen. Kindern erzähle ich meine Geschichte so, dass sie sich nicht fürchten, sondern verstehen, was damals geschah.

GZ: Weshalb müssen das selbst die Urenkel von Menschen, die in der NS-Zeit erwachsen waren, noch so genau wissen?

DREIFUSS: Weil – und das meine ich nicht nur als Jüdin – Menschen, die anders sind, immer wieder ausgegrenzt werden. Davor muss man warnen. Egal, ob es sich um Muslime, Schwarze oder Osteuropäer handelt: Wir müssen miteinander reden und uns gegenseitig respektieren.

GZ: Klappt das im bürgerlichen Pulheim nicht grundsätzlich ganz gut?

DREIFUSS: Doch, aber das ist nur die eine Seite. Als ich nach Pulheim kam, gab es noch viele Ältere, die behaupteten, sie hätten im Dritten Reich von nichts gewusst. Bis heute gibt es Neonazis – gerade hier in Pulheim existiert eine sehr aktive Szene rund um einen bekannten Rechtsradikalen. Die Situation bleibt schlimm! Ständig werden Hauswände und Laternenpfähle mit Aufklebern verschandelt, die Hetzparolen unter das Volk bringen.

GZ: Unter dem Motto „Pulheim putzmunter“ haben im Sommer Bürger aller Stadtteile solche Aufkleber entfernt.

DREIFUSS: Wenn Menschen sich so einsetzen, ist das hervorragend. Schade nur, dass die Stadt sie offenbar zu wenig unterstützt. Bei der Aktion, die Sie ansprechen, hat die Verwaltung die Bürger angeblich sogar kritisiert, weil beim Abmachen der Aufkleber Flächen beschädigt wurden.

GZ: Bürgermeister Frank Keppeler betont, es gebe in Pulheim keine Toleranz gegenüber Rechtsradikalen und ihren Schmierereien.

DREIFUSS: Dann muss sich die Stadt auch stärker einsetzen. Ich sehe diese Aufkleber nach wie vor, weshalb kann man diese Leute nicht fassen? Auch beim Gedenken an die NS-

Zeit kommt zu wenig Einsatz von der Stadt. Pulheim hat es im vergangenen Jahr abgelehnt, Stolpersteine zu setzen, die an die Opfer erinnern sollten. Darüber sehr enttäuscht regte ich bei Dezernent Florian Herpel und Kulturleiterin Angelika Schallenberg an, wenigstens eine Gedenktafel für die ermordeten Juden in Stommeln aufzustellen. Aber selbst darüber scheinen die Meinungen geteilt zu sein.



Tamar Dreifuss (Foto: Claudia Reischauer)

GZ: Die Stadt möchte, dass Anfang 2012 ein Arbeitskreis diese Frage löst. Wo würde eine solche Tafel hingehören?

DREIFUSS: An den Eingang zur Synagoge, ganz klar. Es gab mehrere Familien, die dem Holocaust zum Opfer fielen. Ich habe den Eindruck, dass die Pflege der Erinnerung hier besonders schwierig ist. Ich frage mich, weshalb?

GZ: Ist die Zeit des Nationalsozialismus ein Thema bei der Jubiläumsfeier 1050 Jahre Stommeln im nächsten Jahr?

DREIFUSS: Mich hat jedenfalls noch niemand angesprochen. Dabei sollte es ein Thema sein!

GZ: Sie leben seit vielen Jahren in Pulheim und haben Ihre beiden Kinder hier groß gezogen. Fühlen Sie sich zu Hause?

DREIFUSS: Wir zogen wegen des Berufs meines Mannes nach Deutschland und fühlen uns bis heute sehr wohl hier. Für meine Kinder und die sechs Enkel ist Deutschland die Heimat. Ich freue mich besonders, wenn ich in Pulheim eingeladen werde zu reden – ich war schon im Stadtrat, im Cafe F. oder in Schulen, sehr oft im Geschwister-Scholl-Gymnasium, das sehr engagiert ist gegen Radikalismus und für Toleranz. Aber zu Hause? Nein, zu Hause bin ich in Israel. Das ist mein Land, ich fahre häufig dorthin.

¹ „Sag niemals, das ist dein Letzter Weg“, Technisat/Radoropa Hörbuch

Anzeige

RULAND'S ZEHNTHOF
www.rulands-zehnthof.de

Restaurant
Biergarten
Kegelbahn
Partyservice

Zehnthofstr. 3
50259 Pulheim Dansweiler
Tel.: 02234 / 82883 • Fax 02234 / 82885
Internet: www.rulands-zehnthof.de
e-mail: info@rulands-zehnthof.de

Stadtplanung Brauweiler



Die Neugestaltung des Guidelplatzes in Brauweiler ist eine kommunale Dauerbaustelle. Unter den Anwohnern wird die Stimmung zunehmend düster. (Foto: Hendrik Neubauer)

Causa Guidelplatz - „Ihr seid doch selbst schuld“

„Der Guidelplatz in der Ortsmitte Brauweilers mag in den letzten 10 Jahren schon schlimm ausgesehen haben. Nur so, wie er sich seit Oktober letzten Jahres präsentiert, so schlimm war es in den letzten 30 Jahren nicht.“ Das schrieb am 18. Juli 2011 die Brauweiler Interessengemeinschaft der Unternehmer e.V. (BIG) in einem Offenen Brief an die Pulheimer Stadtverwaltung und an den Vorstand der Gold-Kraemer-Stiftung. An der Situation hat sich bis heute wenig geändert.

Als der damalige Bürgermeister Dr. Karl August Morisse im November 2008 zu seiner „Haushaltsrede zur Einbringung des Haushalts 2009“ antrat, neigte sich seine Amtszeit bereits dem Ende zu. Morisse hatte zwei Monate zuvor die „letzte Chance für den Guidelplatz“ ausgerufen und sprach nun darüber, was seiner Meinung nach schief gelaufen sei: „Häufig wird in Brauweiler gefragt, warum das Pulheimer Zentrum immer attraktiver wird und am Guidelplatz seit 1996 kein weiterer Fortschritt erzielt worden ist. Die Antwort fällt leicht: Die Erwartungshaltungen waren unterschiedlich. Im Stadtteil Pulheim bestand von Anfang an Konsens darüber, dass die Erneuerung und Aufwertung des Marktplatzbereichs nur Schritt für Schritt erfolgen kann und der Prozess möglicherweise zwei Jahrzehnte und mehr dauern wird. In Brauweiler wurde hingegen gefordert, das gesamte Guidelplatzprojekt in einem Guss zu realisieren und damit unter Einbeziehung eines großen privaten Grundstücks, das mit einem Geschäfts- und Wohnhaus bebaut ist. Das Gebäude soll abgerissen und mit einem größeren Wohn- und Geschäftshaus bebaut werden.“ Es ist müßig, diese Aussagen

auf ihren Wahrheitsgehalt hin abzuklopfen, es geht um die Haltung des damals Verantwortlichen, der den Schwarzen Peter den Brauweilern selbst zu schiebt.

Im Juli 2010 wurde dann mit dem Abriss der Gebäude begonnen, nachdem Morisse selbst 2009 noch verkünden konnte, dass ein neuer Investor gefunden sei. Die Gold-Kraemer-Stiftung wolle den Platz mit einer Seniorenresidenz für notleidende Künstler sowie Wohn- und Geschäftshäuser bebauen. Bereits zu diesem Zeitpunkt meldete sich die Lokale Agenda 21 zu Wort, die Vorschläge dazu machte, wie der Guidelplatz selbst verkehrsberuhigt und das geplante Gebäudeensemble städtebaulich an die Abtei angebunden werden könne. Diese Initiative ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass im Herbst 2008 mehrere Bürgerwerkstätten durchgeführt wurden, die unter anderem die verkehrliche Situation in Brauweiler zum Thema hatten. Abschließend wurde der Stadt ein Maßnahmenkatalog übergeben. Hierin sind auch Vorschläge enthalten, den Verkehrsraum vor der Abtei in Richtung Guidelplatz zu beruhigen.

Im Sommer 2011 fordert der Investor ebene städtebauliche Anschließung und Verkehrsberuhigung, die seit Jahren diskutiert wurde. Der Hauptgeschäftsführer der Stiftung, Peter Michael Soénus, gibt die Auskunft, dass diese Forderung zwar nicht Bestandteil des Vertrages zwischen Stadt und Stiftung sei, dass diese Forderung aber „conditio sine qua non“ für den Baubeginn sei. Man beachte, dass die Stiftung zu diesem Zeitpunkt noch nicht mal einen Bauantrag gestellt hat. Die Stimmung der Volksseele auf dem Brauweiler Wochenende Anfang Juli scheint zu kippen. Doch dann kommen die Sommerferien und der kurze Protestimpuls erlahmt ganz schnell wieder. Vollkommen unübersichtlich wird die Lage, als der Ort aus den Ferien erwacht und ruchbar wird, dass zwei Anwohner Klagen gegen das Bauprojekt eingereicht hätten.

Morisses Nachfolger, Frank Keppeler, hat kürzlich versprochen, den Wunsch der Stiftung nach Anschluss des Platzes an die Abtei in Gesprächen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW und dem LVR auf den Weg zu bringen. Er hat auch versprochen, alle Beteiligten inklusive der BIG und den Bürgervertretern an einen Runden Tisch zu rufen. Verkehrlich hat die Stadt begonnen, sich der Situation der Bernhardstraße planerisch konkret anzunehmen. Hätte man den Schwerpunkt auf die Ortsmitte gesetzt, hätte sich die Verwaltung ganz anders auf den Investor zu bewegt.

Die Brache Guidelplatz liegt in der Wintersonne. Die Lage bleibt unübersichtlich. Und der Brauweiler? Der wartet auf den Schwarzen Peter. *Hendrik Neubauer, Brauweiler*

Der Autor ist Publizist und bloggt werktäglich unter www.brauweilerblog.de über Lokales und Kommunales.

Bürgermeister



Ende September überreichten Ehrenbürger Hans Umpfenbach (Mitte) und Dorothea Schumacher dem Bürgermeister mehr als 7000 Unterschriften von Bürgern, die gegen den Neubau des Hallenbads in Stommeln protestieren. Sie wünschen sich das Hallenbad im Zentralort.

Bürger sammeln für Frank Keppeler

Wer erinnert sich nicht an den vergangenen Bürgermeisterwahlkampf? Höhepunkt war der Sommer 2009, in ganz Pulheim schwärmten orangefarben gekleidete Unterstützer des CDU-Kandidaten aus, um Feuerzeuge und Brezeln zu verteilen. Kaum betrat man die Straße oder einen Supermarkt, wurde man auch schon von Wahlhelfern für Frank Keppeler angesprochen. Ja, die Begeisterung war groß – und der Kandidat siegte mit Glanz und Gloria. Aber wie viel davon ist geblieben nach gut zwei Jahren Amtszeit?

Nun könnte Keppeler in die Stadtchronik eingehen als der Bürgermeister, der mit Abstand die meisten Unterschriften von unzufriedenen Bürgern in Empfang nehmen musste. Knapp 20.000 Signaturen sind es schon, mit denen PulheimerInnen gegen die Politik in ihrer Stadt protestierten und die der Bürgermeister stets mit stoischem Lächeln in Empfang nahm. Die Themen, zu denen Wähler aller Parteien ihren Unmut per Unterschrift ausdrückten, sind zahlreich: Zu Tausenden forderten sie die Errichtung einer städtischen Gesamtschule und empörten sich gegen Pläne, das Stommelner Freibad zu überdachen. Sie plädierten dafür, das neue Hallenbad in Pulheim zu bauen, Anwohnerstraßen in Pulheim nicht durch Zufahrten in ein neues Baugebiet zu stören oder Brauweiler endlich über eine Buslinie an Weiden-West anzubinden.

Bis zu den nächsten Kommunalwahlen 2014 wird die Liste weiter wachsen. Dabei muss jeder wissen: Der Bürgermeister macht die Politik keineswegs allein. Sie wird bestimmt von Entscheidungen des Stadtrates. Und dort haben CDU, FDP und Bürgerverein und ihr Gelegenheitspartner SPD das Sagen. Die Unterschriften gelten also auch ihnen: Ein Zeichen, dass viele Pulheimer Volksvertreter die Bodenhaftung verloren haben? *GRÜNZEUG*

Anzeige

Ihre Partner für Ihr gutes Recht...

Thomas Roth
 ✓ Verwaltungsrecht ✓ Familienrecht
 ✓ Mietrecht ✓ Baurecht

Britta Greb
 (freie Mitarbeiterin)
 ✓ Arbeitsrecht ✓ Strafrecht
 ✓ Verkehrsrecht ✓ Medizinrecht

Dr. Ute Ploch-Kumpf
 (freie Mitarbeiterin)
 ✓ Erbrecht

THOMAS ROTH
 Rechtsanwälte
 Hauptstrasse 42 · 50259 Pulheim-Stommeln
 Telefon 0 22 38 / 922 980 · Telefax 0 22 38 / 922 981
 www.kanzlei-roth-partner.de · info@kanzlei-roth-partner.de
 Zweigstelle Köln: Ringstraße 44 · 50966 Köln
 Telefon 02 21/3 40 29-180 · Telefax 02 21/3 40 29-444

Anzeige

AIRPRO **Elektromobilität**

E-Fahrer und E-Roller von AIRPRO steigen auch sie jetzt um!

Große Reichweite - Extrem langlebig - Preislich nicht zu schlagen!

90 km Reichweite! Jetzt neu: Retro-Look! Extrem günstig!

Das Kraftpaket!

Wir laden Sie herzlich ein zu einer Probefahrt. Auch Sie werden begeistert sein!

AIRPRO Vertrieb Deutschland
 InterParts Trading GmbH
 Sachsstrasse 20 (Halle 3, Gewerbegebiet)
 50259 Pulheim Brauweiler
 Tel.: 02234-9489077
 Email: info@airpro-deutschland.de
 Web: www.airpro-deutschland.de

Gefördert durch:
 STADTWERKE
 PULHEIM

Anzeige

DTP · Digitale Druckvorstufe · CtP-Belichtungs-Service
 Mehrfarben-Offsetdruck · Buchdruck
 Stanzarbeiten · Buchbinderische Verarbeitung · Loseblattwerke

Sutorius Printmedien GmbH & Co. KG
 Blériotstraße 8 · 50827 Köln
 Telefon 02 21 59 23 24 / 59 40 05 · Telefax 02 21 59 38 90
 Email: info@sutorius-printmedien.de

Wir sind lizenziert für:

Kolumne



Renate Thiel, arbeitet seit 1997 für die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Pulheim.

In GRÜNZEUG befragt sie regelmäßig Mitglieder und Freunde der Partei. Dieses Mal ist es Bianca Korte, Ratsfrau in Pulheim.

(Fotos: Karena Pallgen)

Renate fragt ...

RENATE: Wie bist Du überhaupt zu den Grünen gestoßen?
BIANCA KORTE: Als ich im Jahr 2000 nach Pulheim zog und nacheinander meine drei Kinder bekam, wurde klar: Ich will die Stadt, in der wir leben, mitgestalten. Dabei interessiere ich mich besonders für Familienthemen: Kinderbetreuung in Kindergärten und im offenen Ganztags, Schulformen und deren Entwicklung.



Bianca Korte

Die größte inhaltliche Übereinstimmung fand ich bei den Grünen. Darum trat ich der Partei bei und kann nun als Ratsmitglied mitgestalten. Ein gutes Gefühl, auch wenn nicht immer alles gelingt, wie die Einführung einer Gesamtschule - bisher.
RENATE: Wie bist Du als Nordlicht hier in Pulheim angekommen? Was magst Du an Deiner neuen Heimat, was vermisst Du?
KORTE: Als unterkühltes Nordlicht ist es nicht immer leicht im Rheinland (lächelt). Aber im Ernst: Die Menschen sind offen und herzlich und haben es mir leicht gemacht, mich hier wohl zu fühlen. Meine Kinder sind ja ohnehin echte Rheinländer. Pulheim hat für mich und meine Familie die richtige Größe. Woran ich mich nur schwer gewöhnen kann, ist die Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen. Einsame Orte gibt es hier kaum und Veranstaltungen sind mir oft zu voll. Und das vermisst ich: Eine ordentliche steife Brise, die einem den Kopf frei bläst, wie man sie von der Küste kennt. Und einen großen Wald vor der Tür!

RENATE: Was bietet Dir Pulheim für Deine Freizeit?
KORTE: Ich finde, Pulheim bietet hier einiges. Ein schönes Freibad, eine gut sortierte Bücherei, Kulturveranstaltungen im Walzwerk und nicht zuletzt eine abwechslungsreiche Gastronomie. Aber auch Pulheims Nähe zu Köln und zur Eifel erweitern das Angebot. Langeweile habe ich hier jedenfalls nicht!
RENATE: Hast Du politische Vorbilder?
KORTE: Hmm, ich kann nicht sagen, dass ich eine Person als politisches Vorbild habe. Aber vielleicht erwähne ich an dieser Stelle Louise Otto-Peters, die sich beispielhaft für die Rechte der Frauen eingesetzt hat. Ihrem Mut und ihrer Ausdauer verdanken wir Frauen heute eine annähernde Gleichberechtigung im öffentlichen Leben.
RENATE: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Könnte das Deine politische Maxime sein?
KORTE: Ein klares Nein! Viel eher: Erst denken, dann handeln. Aktionismus lehne ich ab. Ich komme halt aus dem Norden und mag es eher analytisch.

Nächste Ausgabe: Renate fragt Axel Nawrath

Neubau

Fortsetzung von Seite 1

Die ConPro wurde von WSP/CBP unterbeauftragt, die fünfte Variante zu schätzen und ist aktuell auch bei Variante sechs im Boot. Dabei ist der ConPro-Geschäftsführer Dr. Klaus Batz gleichzeitig Geschäftsführer des Lobbyverbands EWA. Dort ebenfalls Mitglied und zudem langjähriger Geschäftspartner von Generalplaner Krieger ist schließlich die Firma GMF aus Neuried. Sie war bis zur Ausschreibung der Planungsaufträge im Jahr 2009 federführender Berater der Stadt Pulheim und hatte die Machbarkeitsstudie zum Bäderkonzept erstellt, auf deren Grundlage die Aufträge vergeben wurden. Auch der Beschluss des Rats, das neue Hallenbad in Stommeln zu errichten, basiert auf der GMF-Studie.

Neutrale Prüfung der Vergabe im Rat abgelehnt

Zur Vergabe, zu den Unternehmen und ihren Planungen hagelte es in den vergangenen Monaten Kritik von Seiten der Grünen und von vielen Bürgern. Bis heute war es der Verwaltung nicht möglich, gegenüber Rat und Öffentlichkeit für Transparenz zu sorgen. Auch scheinen viele Stadträte an der Klärung kritischer Fragen nicht interessiert. So lehnte die Mehrheit eine Anregung des Sinnersdorfers Werner Kauth ab, einen unabhängigen Vergaberechtl. das Verfahren prüfen zu lassen. Hat die Ratsmehrheit hier Angst vor unbequemen Wahrheiten? Bürgermeister Frank Keppeler beteuerte im Sommer öffentlich, das Verfahren sei durch die Verwaltung geprüft und frei von Beanstandungen. Nach zwei Akteneinsichten durch Ratsmitglieder unserer Fraktion widersprechen die Grünen dieser Darstellung ausdrücklich.

Bürgerbeteiligung mangelhaft

Eine Beteiligung der BürgerInnen gab es nicht – lediglich eine Informationsveranstaltung Mitte 2008. Dieses Frühjahr, als die Cabriobadvariante auf dem Tisch lag, brachten sich die Wähler mit Macht in Erinnerung. Tausende protestierten gegen den Plan, das Stommeler Freibad zu überdachen. Bürger und Grüne setzten sich für eine Informationsveranstaltung ein, die im Juni auch abgehalten wurde. Der Plan für ein Cabriobad erhielt im gut gefüllten Köstersaal eine klare Abfuhr. Auch Stommeln als Standort für das neue Hallenbad wurde öffentlich kritisiert.

Anstatt das zum Anlass für einen Neustart zu nehmen, drängten Bürgermeister und Verwaltung auf die weitere Zusammenarbeit mit den erfolglosen Planern und sie halten stur am Standortbeschluss von 2008 fest. CDU und SPD unterstützen das. So erhielten die Planer den jüngsten Auftrag, ein Hallenbad neben dem Freibad in Stommeln zu planen. Die Aufgabe, dabei Synergieeffekte aufzuzeigen, also Vorteile für diesen Standort, ist eine Farce. Erstens fehlt der Vergleich mit Pulheim. Zweitens ist der Generalplaner an den Standort Stommeln gebunden. Nur darauf bezieht sich die Ausschreibung, die ihm die Option für die Leistungsstufen vier bis neun zusichert.

Für die Grünen kann das nur heißen:

1. Die Zusammenarbeit mit den Planern beenden.
2. Den Ratsbeschluss aus 2008 aufheben, der den Standort Stommeln festschreibt,
3. Prüfen, was überhaupt im städtischen Haushalt noch finanzierbar ist.
4. Unter aktiver Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger neu starten
5. Finanzielle, ökologische und städtebauliche Kriterien vernünftig abwägen.

Klaus Groth, Ratsmitglied Bündnis 90/Die Grünen, Vorsitzender des Hochbau- und Liegenschaftsausschusses

Satire

Filmstudio kauft Pulheim City

Nach der Übernahme des Brauweiler Ortskerns durch die Gold-Krämer-Stiftung (GKS) steht der Verkauf eines weiteren Stadtteils an: Warner Bros. Entertainment (WB) will die Pulheimer Innenstadt übernehmen.

Auf der Suche nach weiteren Investoren für Pulheim ist die jüngst erstarkte Wirtschaftsförderung fündig geworden. Sie beschreitet den ungewöhnlichen Weg, einzelne Ortskerne zu vermarkten. Mit der GKS hatte die Stadt bereits einen vielversprechenden Investor für Brauweiler gefunden. Dort soll ein großflächiges Künstlerzentrum entstehen (s. Seite 3).

Pulheim als Kulisse für eine Vielzahl von Filmproduktionen“, sagt Willi Geike, Deutschlandchef des Majors. Der Ortskern sei herrlich konzeptlos, daher eigne sich Pulheim für eine Vielzahl unterschiedlicher Projekte. Geplant seien kleinbürgerliche Komödien und seichte Vorabendserien. Gleichzeitig passe ein handfester Korruptionsthiller ins Konzept. Bürgermeister Frank Keppeler ist jedenfalls längst überzeugt: „Damit bekommt Pulheim endlich das, was es verdient.“ Was er damit genau meint, ließ er wieder einmal offen.

Für den Pulheimer Ortskern interessiert sich jetzt WB, das Hollywoodstudio steht bereits in Verhandlungen mit der Stadt und zahlreichen Grundstückseigentümern. „Wir benötigen

GRÜNZEUG

Braunkohle

Pulheim zeigt zu wenig Widerstand gegen neues Kraftwerk in Niederaußem

RWE will in Niederaußem ein weiteres Kohle-Kraftwerk errichten. Viele Kommunalpolitiker haben sich damit offenbar schon abgefunden.

Klimawandel? Steigende CO₂-Emissionen? Erneuerbare Energien? RWE ficht das nicht an. In Niederaußem soll noch ein Kohle-Kraftwerk entstehen, obwohl seit 2003 schon drei Riesenblöcke in der Region hinzukamen. Dafür zugesagte Abschaltungen alter Blöcke sind bis heute nicht erfolgt.

Besonders bedauerlich: Einer Resolution der Stadt Pulheim gegen den Neubau erteilten CDU und FDP am 8.11.2011 im Rat eine Absage. Was aber denken die BürgerInnen unserer Stadt?

Besuchen Sie unsere Informationsveranstaltung am **Donnerstag, 8.12.2011, 19:30 Uhr**, in Bergheim-Fliesteden, Gasthaus Alt Fliesteden, Am alten Fließ 25.

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Stadtverband Pulheim, c/o Rossackerweg 27, 50259 Pulheim
Redaktion: Thomas Roth, Klaus Groth, Bianca Korte, Anja von Marenholtz, Renate Thiel, Claudia Reischauer
Gestaltung: Th. Graf-Luxen, Im Mediapark 11, 50670 Köln, info@graf-luxen.de
Druck: Sutorius Printmedien GmbH & Co KG, Blériotstraße 8, 50827 Köln
Auflage: 24.000 Exempl. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Spendenkonto: Volksbank Erft eG BLZ 370 692 52, Kto.Nr. 640 344 9030

Besser grün werden als sich schwarz ärgern!



Ja, ich möchte Mitglied bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden!

Senden Sie mir die notwendigen Unterlagen an meine Adresse!

Vorname _____ Name _____
 Straße/Nr. _____ PLZ/Ort _____
 Telefon _____ E-Mail _____

Werde Mitglied!

www.gruene-pulheim.de
 info@gruene-pulheim.de
 Tel. 0 22 38 – 15 32 4

Bitte ausfüllen und einsenden an: BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
 Roßackerweg 27, 50259 Pulheim

Die Daten werden ausschließlich zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Die obige Bekundung stellt noch keine Erklärung der Mitgliedschaft dar.